

Wahlcheck des BUND M-V zur Landtagswahl M-V 2021						
Fragen zu den Themen Klimaschutz, Verkehr und Energie						
Werden Sie sich dafür einsetzen, dass...						
Partei	...ein ambitioniertes Landes-Klimaschutzgesetz erarbeitet wird, mit definierten CO2-Minderungszielen und Ausbauzielen für die Nutzung der erneuerbaren Energien?	...der Flächenverbrauch für Verkehrs- und Siedlungsflächen mit konkreten Vorgaben über ein "Gesetz gegen ungebremsten Flächenfraß" reduziert wird?	...der Energieverbrauch im Gebäudebereich schon in der Neubauphase reduziert wird, indem beispielsweise im Gebäude-Energie-Gesetz (Bundesgesetz) verpflichtend eine Lebenszyklusanalyse für Neubau & Sanierung eingeführt wird?	...bei Neubauten und Dachsanierungen sowie auf Parkplätzen die Installation von Solaranlagen verpflichtend wird?	...auf Grundlage eines Gesetzes zur Förderung des Radverkehrs die landesweite Fahrrad-Infrastruktur deutlich attraktiver und damit eine wirkliche Alternative zum motorisierten Individualverkehr wird (z.B. über Einrichtung von Radschnellwegen, Errichtung von Mobilitätsstationen, bessere Verknüpfung mit dem ÖPNV)?	
PIRATEN	ja	ja	ja	ja Erläuterungen: Bei Sanierungen müßte man sehen, ob andere sinnvolle Varianten wie Dachbegrünung auch sinnvoll.	ja	
Bündnis 90/Die Grünen M-V	ja Erläuterungen: Die Erarbeitung eines Landes-Klimaschutzgesetzes ist Teil unseres Wahlprogramms. Wir wollen ein Gesetz mit verbindlichen und zeitlich definierten Treibhausgas-Minderungszielen. Und wir wollen das Thema Klimaschutz in der Landesverfassung verankern. Im Vergleich zu 1990 müssen die CO2-Emissionen bis 2025 um 70 Prozent, bis 2030 um 90 Prozent und bis 2035 um 100 Prozent gesenkt werden.	ja Erläuterungen: In unserem Wahlprogramm ist enthalten: Wir wollen, dass die Flächenversiegelungen durch Bau-, Siedlungs- und Verkehrsprojekte weiter reduziert werden. Die Nachnutzung von bereits genutzten und versiegelten Flächen muss absolute Priorität haben. Appelle haben in dieser Hinsicht wenig bewirkt. Ohne entsprechende gesetzliche Vorgaben wird z.B. das Prinzip Innen- vor Außenentwicklung in den Kommunen kaum umgesetzt. Immer wieder werden Eigenheimgebiete auf wertvollen Ackerböden am Rand der Kommunen errichtet, obwohl es Alternativen gäbe. Wir müssen zu einem Netto-Null-Flächenverbrauch kommen, denn Boden ist eine unendlich wertvolle Ressource, mit der sehr sparsam umgegangen werden sollte.	ja Erläuterungen: Der Energiesektor im Gebäudebereich bietet große Einsparpotentiale. Derzeit werden 40 Prozent des deutschen Endenergieverbrauchs für Raumheizung und Warmwasser verwendet. Im Wärmesektor werden somit ein Drittel der deutschen CO2-Emissionen verursacht. Die Reduzierung des Verbrauchs in Gebäuden, hohe Energieeffizienzstandards und der Ausstieg aus der fossilen Wärme sind vor diesem Hintergrund zentrale Themen der Energiewende und damit grundlegend für den Klimaschutz. Um die Klimaziele zu erreichen, müssen bis 2040 alle Gebäude in Deutschland einen nahezu klimaneutralen Energiestandard erreichen. Heute entsprechen lediglich die Hälfte der 18 Millionen Wohngebäude in Deutschland dem aktuellen Wärmeschutzstandard. Durch effektivere Isolierungen muss die Wärme in den Gebäuden gehalten werden und überall da, wo es möglich ist, sollte Restwärme genutzt werden. Flächenheizungen mit geringeren Vorlauftemperaturen ermöglichen es, Wärmepumpen und Abwärme aus Industrieprozessen besser zu nutzen und Transportverluste in Wärmenetzen gering zu halten. Energieeinsparpotentiale ergeben sich auch beim Bauen selbst. Der Bausektor trägt mit ca. 8 Prozent zu den deutschen Treibhausgas-Emissionen bei. Das	ja	ja Erläuterungen: Bei Sanierungen müßte man sehen, ob andere sinnvolle Varianten wie Dachbegrünung auch sinnvoll.	ja Erläuterungen: Bündnis 90/Die Grünen sind DIE Radfahrer*innenpartei. Wir sorgen für moderne Radverkehrsmobilität, so dass auch 10-jährige Kinder, die nicht mehr auf dem Bürgersteig fahren dürfen, dort ohne Überforderung alleine fahren können. Wir schaffen sichere Fahrradabstellanlagen an Haltestellen entlang der ÖPNV-Schnellverbindungen. Wir stellen die Finanzierung der AGFK M-V (Arbeitsgemeinschaft für fahrad- und fußgängerfreundliche Kommunen in Mecklenburg-Vorpommern) auf sichere Beine. Und wir sorgen dafür, dass das Land seine Kommunen bei Investitionen in die Radverkehrsinfrastruktur mit einem bedarfsgerechten Budget unterstützt. Wir wollen, dass das Land landesbedeutsame Radwege selbst plant, baut, finanziert und unterhält. So entsteht gemeinsam mit den Kommunen ein flächendeckendes Radwegenetz.
Bündnis C - Christen für Deutschland	nein	nein, Erläuterungen: allenfalls für Großstädte	nein	nein	ja	
SPD M-V	ja Erläuterungen: Es existieren längst gesetzliche Regelungen, die ungehinderten Flächenverbrauch deutlich reduzieren.	nein, Erläuterungen: Es existieren längst gesetzliche Regelungen, die ungehinderten Flächenverbrauch deutlich reduzieren.	unentschieden, Erläuterungen: Eine solche Analyse ist mit einem erheblichen Mehraufwand verbunden. Dies kann bei unsachgemäßer Regelung zu erheblichem Mehraufwand führen..	unentschieden, Erläuterungen: Bei Parkplatzzflächen begrüßen wir eine Solarpflicht mindestens für Teile der Fläche; bei Neubauten und Dachsanierungen darf man gerade in M-V einkommensschwächere Haushalte nicht aus dem Blick verlieren und braucht entsprechend eine sozialverträgliche Lösung.	nein, Erläuterungen: Das Fahrrad ist nur eine Alternative zum motorisierten Individualverkehr. Zudem befindet sich mit dem integrierten Landesverkehrsplan bereits ein Konzept in Umsetzung. Die kommunale Ebene erhält für die Förderung des Radverkehrs zudem zusätzliche Mittel über das Finanzgleichgewichtsgesetz.	
Freiparlamentarische Allianz, FPA	ja Erläuterungen: Laut Expert:innen ist das auf jeden Fall notwendig und wir müssen die Energiewende deutlich voran bringen. Es hat sich aber auch gezeigt, dass die Zusammenarbeit mit der lokalen Bevölkerung vor Ort entscheidend ist. Diese möchten wir miteinbinden und von der Notwendigkeit überzeugen, um erfolgreich zu sein. Hier sehen wir eine große Chance für einen Klima-Bürgerinnenrat, bestehend aus 100 Leuten wohnhaft in MV, die dann Ziele und Maßnahmen ausarbeiten. Viele der folgenden Fragen gehören in diesen Rahmen, trotzdem beziehen wir Stellung zu den Fragen, auch wenn wir uns wünschen schlussendlich gemeinsam mit der Bevölkerung zu erarbeiten.	unentschieden, Erläuterungen: Das Thema Versiegelung ist ein großes Thema für Umweltschutz. Und somit auch für uns. In MV allerdings haben wir aber vor allem landschaftliche Flächen, die zu umweltschädlichen Effekten führen KANN. Auch ist es hier dementsprechend eher unüblich, dass solche Flächen zu Bauland werden. Grundsätzlich aber müssen solche Themen besprochen und gelöst werden, aber auch hier nur gemeinsam, denn sonst werden Fehler in der Gesetzgebung gefunden. Das Thema Versiegelung ist ebenfalls ein zentrales Thema des Klimaschutzes und würde demnach Raum im Bürgerinnenrat für Klimaschutz finden. Hierbei geht es nicht darum, dass Politiker:innen sich diesen Fragen nicht mehr stellen, sondern, dass lokale Antworten gefunden werden und die Menschen, die davon betroffen sind, diese auch mittragen. Aber selbstverständlich müssen wir weiteren Versiegelungen von Flächen entgegen wirken und teilweise sogar wieder rückgängig machen.	ja Erläuterungen: Absolut! Dass Neubauten noch nicht klimafreundlich gebaut werden, ist eine Phrase. Abgesehen davon, dass wir viel Leerbau haben.	ja Erläuterungen: Die Energiewende muss mindestens 4x schneller voran gehen als bisher getan wird. Es gibt durchaus umweltpolitische Folgen durch den Ausbau der Erneuerbaren Energien wie seltene Erden und ähnliches. Das darf nicht vergessen werden und auch hierfür muss eine Lösung gefunden werden. Aber wir kommen nicht drum rum, die Energiewende weiter voranzubringen und dazu gehört auch alle Flächen wie geeignete Dächer für Solarenergie zu nutzen.	ja Erläuterungen: Unbedingt! Alternativen müssen ausgebaut und vor allem attraktiver gestaltet werden. Aber auch die muss logisch und intelligent umgesetzt werden. Selbst hier gibt es Beispiele aus der bisherigen Politik, die einen nur verzweifeln lassen.	
Team Todenhöfer - Die Gerechtigkeitspartei	ja	ja	ja	ja Erläuterungen: aber nur, wenn dies energetisch sinnvoll ist (Verschattung beachten etc.)	ja	
DIE LINKE M-V	ja	nein, Erläuterungen: Zielvorgaben zur Reduzierung des Flächenverbrauchs sind nötig. Ein ungebremster Flächenfraß erfolgt jedoch nicht in MV. Innenentwicklung mit Verdichtung, Brachflächennutzung und Umnutzung haben Vorrang gegenüber einer Außenentwicklung. Die Steuerung sollte über die Regionalen Raumentwicklungsprogramme und Stadt-Umland-Konzepte erfolgen. Entseglung und Versiegelung müssen sich künftig die Waage halten.	ja Erläuterungen: Die Verpflichtung zur Lebenszyklusanalyse sollte jedoch nur für öffentliche Bauten gelten, die ohnehin Vorbildwirkung haben, zudem allenfalls im Falle von Förderung als Voraussetzung eingeführt werden. Eine weitere Vertiefung des Bauens und Wohnens hat gravierende soziale Auswirkungen.	ja Erläuterungen: Für Nichtwohngebäude auf jeden Fall. Für Wohngebäude sollte dies geprüft werden, da Belange des Denkmalschutzes, Gestaltungsansätze, statische sowie gegebenenfalls auch brandschutztechnische Belange zu berücksichtigen sind.	nein, Erläuterungen: Ein Gesetz ist nicht zielführend. Die kommunale Verkehrsplanung und Stadtentwicklung ist Aufgabe der kommunalen Selbstverwaltung. Ein landesweites Radweggesetz ist unser Ziel. Eine höheres Förderniveau beim Radwegbau bzw. Neuaufteilung des Verkehrsraum, die Verstärkung der Sanierung kommunaler touristischer Fahrradwege, die strategische Fortführung des Lückenschlussprogramms an Landstraßen sind notwendig.	
CDU M-V	nein, Erläuterungen: Klimaschutzkonzept der Landesregierung ist ausreichend	nein, Erläuterungen: "Flächenfraß" besteht auch in anderen Bereichen. Erneuerbare Energien Ausgleichsleistungen für Eingriffe führen ebenfalls zu erheblichen Flächenverbräuchen.	nein, Erläuterungen: Die Errichtung neuer Wohngebäude führt schon heute zu erheblichen Kosten von ca. 3000 Euro/m2. Weitere Maßnahmen die zur Vertiefung des Wohnraumes führen halten wir für nicht tragbar	nein	nein	
FREIER HORIZONT	nein, Erläuterungen: Der Ansatz ist schon falsch. CO2 ist nicht der einzige klimarelevante Faktor. Sogenannte "Erneuerbare Energien" sind nicht die Lösung für Umweltprobleme, sondern sind zumeist selber welche.	ja, Erläuterungen: Und der Flächenfraß z.B. für Photovoltaik im Außenbereich sollte mit enthalten sein.	ja	nein, Erläuterungen: keine Verpflichtungen. Allerdings gehören PV-Anlagen wenn, dann auf diese Flächen - und nur dort.	ja	
AfD M-V	nein	ja	nein	nein	nein	
Ökologisch-Demokratische Partei (ÖDP)	ja, Erläuterungen: 100% erneuerbare Energien bis 2030	ja, Erläuterungen: innerhalb von zehn Jahren auf Null	ja	ja, Erläuterungen: im Bundesprogramm der ÖDP festgeschrieben	ja	
FDP	unentschieden, Erläuterungen: Gesetzgebung zum Klimaschutz soll im Rahmen eines Bundesgesetzes geregelt werden, indem ein umfassender Zertifikatehandel ermöglicht wird. Einer kleinteiligen Regelung auf Länderebene stehen wir kritisch gegenüber, allenfalls ist es sinnvoll, bestehende Regelungen zum Klimaschutz und Erneuerbaren Energien zum Bürokratieabbau in einem Gesetz zusammenzufassen.	nein, Erläuterungen: Flächenfraß ist möglichst zu begrenzen und mit der vorhandenen Fläche ist möglichst effizient umzugehen. Vor allem muss Grund und Boden mit einer hohen Bodenwertzahl noch wirksamer vor Bebauung und Versiegelung geschützt werden. Ein zusätzliches Gesetz lehnen wir allerdings ab. Die Landesraumentwicklungsplanung muss hier ihrer Verantwortung gerecht werden. Wir begrüßen den Rückbau von nicht länger genutzten Gebäuden und die Renaturierung von Industriebrachen.	nein, Erläuterungen: Weitere bürokratische Anforderungen verteuern den Bauprozess und sorgen für weiter steigende Mieten. Mit den bisherigen Energieeffizienzprogrammen wird zudem schon jetzt ein Anreiz für energieeffizientes Bauen gesetzt. Eine Lebenszyklusanalyse sollte bereits im Eigeninteresse des Investors liegen und muss daher nicht zusätzlich geregelt werden.	nein, Erläuterungen: Wir begrüßen einen freiwilligen Ausbau, lehnen einen Zwang jedoch ab.	ja, Erläuterungen: Der Radverkehr gehört zum Individualverkehr und wird für viele Verkehrsteilnehmer immer attraktiver. Leider ist das Radwegenetz weit hinter dem Bedarf zurückgeblieben. Neben dem Ausbau der Infrastruktur fordern wir eine Einbindung in die Verkehrsverbindungen der Metropolregionen Hamburg und Stettin, die bessere Einbindung des Radtourismus und eine bessere Beschilderung der Radwege.	